LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/331
zu Drucksache 18/107
21. 06. 2021

Antwort

des Ministeriums für Wissenschaft und Gesundheit

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Helge Schwab (FREIE WÄHLER)
– Drucksache 18/107 –

Belästigung der Impfkoordinatoren (m/w/d) sowie weiterer Mitarbeiter (m/w/d) in- und außerhalb des Landesimpfzentrums Kusel

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/107 –** vom 1. Juni 2021 hat folgenden Wortlaut:

In den letzten Wochen hat die Impfbereitschaft der rheinland-pfälzischen Bevölkerung weiter zugenommen. Die Impfpriorisierung soll ab dem 7. Juni 2021 aufgehoben werden. Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Impfstoffe, welche den Landesimpfzentren zur Verfügung stehen, nicht ausreichen, um die möglichen Impfkapazitäten in den jeweiligen Zentren auszulasten. Nach hiesiger Information gäbe es derzeit bei BioNTech/Pfizer zwar den benötigten Impfstoff, nicht aber die zur Verteilung benötigten Glasampullen. Gleichzeitig werden Mitarbeiter (m/w/d) inzwischen auch außerhalb der Impfzentren, in privaten Umfeld belästigt mit dem Ziel, auf die Impfreihenfolge Einfluss zu nehmen.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie häufig pro Woche werden die Mitarbeiter (m/w/d) im privaten Umfeld belästigt, um auf die Impfreihenfolge Einfluss zu nehmen?
2. Was unternimmt die Landesregierung, um diesen Personenkreis sowie deren Familien zu schützen?
3. Wie beabsichtigt die Landesregierung, das Delta zwischen Impfkapazität (= maximal mögliche Auslastung) des Impfzentrums und tatsächlich vorhandenem Impfstoff zu kompensieren?
4. Gibt es seitens der Landesregierung Bestrebungen, Hersteller wie BioNTech/Pfizer bei Nachschubschwierigkeiten zu unterstützen, wenn ja welche?
5. Wie werden die zusätzlichen Bedarfe an Impfstoffen gedeckt, wenn ab dem 7. Juni 2021 die Impfpriorisierungen wegfallen und auch Kinder geimpft werden dürfen?

Das **Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 21. Juni 2021 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1 und 2:

Die Impfzentren in Rheinland-Pfalz werden von den Kommunen im Auftrag des Landes betrieben. Dies gilt auch für das Impfzentrum in Kusel, welches vom Landkreis Kusel betrieben wird, der dazu Stellung genommen hat. Im Vorfeld der öffentlichen Diskussion um die Aufhebung der Impfpriorisierung entstand bei vielen Menschen der Prioritäten II und III eine gewisse Ungeduld, und sie wollten schnellstmöglich eine Impfung erhalten. In dieser Situation wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Impfzentrums, aber auch kommunalpolitisch Verantwortliche im Landkreis, häufig auf die Themen „Impfung“, „Impfstoffe“ und „Priorisierung“ angesprochen, unter anderen auch darauf, ob eine Impfung mit „Restimpfstoff“ außer der Reihe erfolgen könne. Über die Häufigkeit derartiger Ansprachen liegen der Landesregierung keine (statistischen) Erkenntnisse vor. Im Fokus solcher Anfragen standen hauptsächlich die Impfkoordinatoren, die dies jedoch nicht als Belästigung empfunden haben.

Zu Frage 3:

Die Auslastung der Impfzentren ist abhängig von der Zahl der von Bund gelieferten Impfdosen. In der Regel wird den Impfzentren die Anzahl der auf sie entfallenden Impfstoffe mit einer Vorlaufzeit von zwei Wochen mitgeteilt, sodass eine organisatorische Steuerung der Kapazitäten vor Ort zu einer Vermeidung von Überkapazitäten möglich ist.

Zu Frage 4:

Die Impfstoffbeschaffung erfolgt ausschließlich durch den Bund. Nachschubschwierigkeiten einzelner Hersteller sind nicht bekannt.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 5. Juli 2021

Zu Frage 5:

Die Beschaffung und Verteilung der Impfstoffe für die Länder erfolgt durch den Bund, der letztlich auch zusätzliche Bedarfe bei der Impfstoffverteilung zu berücksichtigen hat.

Clemens Hoch
Staatsminister